

23./X. 1917

151

(Deutsch-Oesterreichischer Wirtschaftsverband.) Aus Wien wird telegraphiert: Der deutsch-österreichische Wirtschaftsverband hielt gestern eine Vollversammlung, in der nach Erstattung des Tätigkeitsberichtes durch den Vorsitzenden Abgeordneten Friedmann und den daranknüpfenden Wechselreden folgende Entschließung angenommen wurde, in der es unter anderem heißt: Der Wirtschaftsverband fordert, daß die Regierung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns alle zoll-, handels- und kreditpolitischen Verfügungen und Vorkommnisse im gegenseitigen Verkehr, welche auf die Bündnispolitik irgendwie verstimmend wirken könnten, sorgfältig vermeiden und in allen Fragen der Kriegs- und Uebergangswirtschaft übereinstimmend und in wechselseitiger Unterstützung vorgehen. In diesem Sinne begrüßt der Verband auch die bereits begonnenen wirtschaftspolitischen Besprechungen zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche und gibt sich der bestimmten Erwartung hin, die Verhandlungen werden sich stets von dem großen Gedanken leiten lassen, daß die wirtschaftliche Gemeinsamkeit das geeignetste Mittel zur Festigung des Bündnisses, eines dauernden und erproblichen Zusammenlebens und erfolgreicher Abwehr aller Angriffspläne sei. Im Laufe der Debatte kritisierte Jasper die Ernährungspolitik Ungarns gegenüber Oesterreich. Kommerzialrat Rosenberg erörterte die verhältnismäßig große Zunahme an Einkommen und Vermögen, die Ungarn während des Krieges erfuhr, und die hieraus sich ergebende Stellungnahme in der Bank- und Währungsfrage. Kaiserlicher Rat Krause trat entschieden für die Fortführung der Bündnispolitik ein. Dr. Schostal wünschte, daß die Wirtschaftspolitik in den verbündeten Staaten schon jetzt nach gleichen Grundsätzen vorgehe. So dürfen in Oesterreich nicht Steuerreformen angenommen werden, welche die Volkswirtschaft derart weitgehend schädigen, daß die Abwanderung des Kapitals nach Ungarn oder Deutschland zu befürchten stehe. Redner erörterte auch die Frage, nach welchem direkten Schlüssel die Kriegskosten auf Oesterreich und Ungarn verteilt werden sollen. Der Vorsitzende hob den Zusammenhang zwischen dem österreichisch-ungarischen Ausgleich und den wirtschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reiche hervor und erklärte, auf die Schlußbemerkung des Vorredners übergehend, daß um eine gerechte Verteilung der Kriegskosten auf beide Staaten der Monarchie herbeizuführen, eine starke Regierung und ein geeintes Parlament notwendig seien, eine Forderung, die ja auch für die günstige Lösung der Frage des Ausgleiches und des Wirtschaftsbindnisses aufgestellt werden müsse.